

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 92 38/39  
Telex: 886 846 spbn d



## Inhalt

Eckart Kuhlwein MdB kritisiert die Untätigkeit der Bundesregierung angesichts der Ausbildungsplatz-Misere: Die Rechenkunststücke der Frau Wilms. Seite 1

Gerhard Benner unterstützt die Frauen-Forderung nach stärkerer Parlaments-Präsenz: Für Chancengleichheit in der Politik. Seite 3

Ernst Waltemathe MdB erinnert daran, daß der Putsch-Präsident Pinochet bereits seit zwölf Jahren an der Macht ist: Vergeßt Chile nicht! Seite 4

Dokumentation  
Der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Sielaff (Frankenthal/Rheinland-Pfalz) hat seinen CDU-Wahlkreis-kontrahenten, Markus Berger, aufgefordert, kein Verwirrspiel um die C-Waffen zu treiben. Wir dokumentieren den Brief Sielaff. Seite 6

40. Jahrgang / 160

23. August 1985

### Die Rechenkunststücke der Frau Wilms

Die Bundesbildungsministerin kann die Ausbildungsmisere und ihre Untätigkeit nicht verbergen

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Die stille Hoffnung der Bundesregierung, wegen der zurückgehenden Schülerzahlen in den Abschlußklassen der Haupt- und Realschulen werde sich das Ausbildungsplatzproblem von selbst lösen, hat sich nicht erfüllt. Dies war abzusehen. Die Bundesbildungsministerin ging von diesem Hintergrund nun, kurz vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres, vor die Bundespressekonferenz, um dort den Versuch zu unternehmen, ihre monatelange Untätigkeit als „Ausbildungsinitiative 85“ zu verkaufen.

Zwar gehen alle Experten davon aus, daß auch in diesem Jahr etwa 50.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, und sich einige zehntausend weitere Jugendliche mit einer Überbrückungsmaßnahme zufrieden geben müssen, doch die Bundesbildungsministerin verkündet erneut einen „Rekord an Ausbildungsplätzen“. Nun sind in der Tat in den letzten Jahren sowohl das Angebot an Ausbildungsplätzen wie auch die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge angestiegen - dank der Bemühungen vieler Einzelner in Handwerk, Handel, Industrie und der Verwaltung. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß die Berufsschulen jährlich inzwischen über 300.000 Schüler und Schülerinnen in das Berufsgrundbildungsjahr und in das erste Schuljahr der Berufsfachschule aufnehmen und auch sonst große Anstrengungen machen, um den Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz im dualen System finden, ein schulisches Angebot zu machen.

Entscheidend für die Bewertung der Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist aber nicht die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze und die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge, sondern die Tatsache, daß eine steigende Zahl von Jugendlichen in den letzten

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos Umwelt  
mit dem pflanzlichen  
Recycling-Papier



Jahren trotz des Kanzlerversprechens und der Rekordmeldungen der Bundesbildungsministerin keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, dem Ausbildungsanspruch der Jugendlichen also nicht entsprochen werden konnte. Davon können auch die Rechenkunststücke der Bundesbildungsministerin nicht ablenken, die, so muß man inzwischen sagen, wider besseres Wissen nach wie vor verkündet, im letzten Ausbildungsjahr sei ein Versorgungsgrad von 96,9 Prozent der Jugendlichen erreicht worden. Dabei unterschlägt sie mindestens 25.000 Jugendliche, die in den ersten drei Monaten ihre Ausbildung abgebrochen haben oder auf Wunsch der Ausbildungsbetriebe abbrechen mußten und einige zehntausend Jugendliche, die die Statistik als „unbekannt verblieben“ abhakt.

Doch getreu dem Vorbild des Bundeskanzlers, der jede Panne seiner Regierung öffentlich als Erfolg darstellt, spricht auch die Bundesbildungsministerin gegen alle Tatsachen von der „bisherigen erfolgreichen Ausbildungspolitik“. Ihre Untätigkeit bezeichnet sie als „Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen“ und als „Politik des Vertrauens in die Kräfte des dualen Systems der Ausbildung“. Wir dürfen nicht zulassen, daß mit solch wohlklingenden Phrasen auch in diesem Jahr etwa 100.000 Jugendliche abgespeist werden, denen kein Ausbildungsplatz angeboten werden kann. Nicht einmal dort, wo die Regierung unmittelbar lediglich durch die ausreichende Finanzausstattung bestehender Programme Positives tun könnte, wird gehandelt. So standen in diesem Jahr erneut circa 5.000 Jugendliche, auf die die Kriterien des erfolgreichen Benachteiligtenprogramms zutreffen, wegen nicht ausreichender finanzieller Mittel auf der Straße.

Die Untätigkeit der Bundesregierung und die alarmierende Tatsache, daß die Ausbildungsplatzsituation im Gegensatz zu den beiden Vorjahren in diesem Jahr kaum öffentlich diskutiert wird, hatte die SPD-Bundestagsfraktion dazu veranlaßt, Anfang Juli im Deutschen Bundestag einen Antrag einzubringen, der ein „Sofortprogramm des Bundes zur Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbesserung der Ausbildungssituation Jugendlicher“ fordert. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen ist es möglich, allen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu machen und dabei die Qualität der Ausbildung zusätzlich zu verbessern. Das Ausbildungsplatzangebot der Wirtschaft und der Verwaltung muß ergänzt werden durch eine Verdoppelung der Plätze im bewährten Benachteiligtenprogramm, durch eine erhebliche Ausdehnung der Vollausbildung in Schulen einschließlich der Zahlung von Ausbildungsförderung beziehungsweise einer Ausbildungsvergütung, durch ein Bündel von Maßnahmen zur Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes für Mädchen, die besonders hart durch den Mangel an Ausbildungsplätzen getroffen sind und schließlich durch einen Finanzausgleich, durch den Betriebe, die nicht ausbilden, an den Kosten der Ausbildung zur Unterstützung der Ausbildungsbetriebe beteiligt werden.

Bei allen Versuchen der Bundesregierung und der verantwortlichen Bundesbildungsministerin die Situation zu beschönigen: Auch in diesem Jahr wird die Bundesanstalt für Arbeit zum 30. September für das Ausbildungsjahr 1985/86 Bilanz ziehen. Die dann vorgelegten Zahlen werden erneut die Stunde der Wahrheit für die Untätigkeit und Versäumnisse der Bundesregierung sein. (-/23.8.1985/rs/ks)

+ + +



## Für Chancengleichheit in der Politik

## Zur Frauen-Forderung nach stärkerer Parlaments-Präsenz

Von Gerhard Benner

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Die aktuelle Diskussion über die stärkere Repräsentanz von Frauen in Parlamenten und politischen Funktionen kann nicht überraschen. Seit Jahren drängen sozialdemokratische Frauen auf die Gleichstellung von Frauen in der SPD. Sie können sich dabei auf die Beschlüsse der Bundesparteitage in Berlin und Essen berufen, mit denen sich die Partei diese Forderung zu eigen gemacht und sich für eine konsequente Umsetzung der Beschlüsse zur Gleichstellung der Frauen in der SPD ausgesprochen hat.

Vorliegende Untersuchungen zeigen, daß Frauen ebenso wie betriebstätige Arbeitnehmer auf allen Ebenen der Partei und in den Parlamenten unterrepräsentiert sind. Die personelle Repräsentanz in den politischen Gremien, auf Parteitagen und in den Parlamenten ist zunehmend zu einer Dominanz öffentlicher Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe geworden. Unsere Parlamente sind nicht Abbild, sondern Zerrbild der sozialen Wirklichkeit.

Die personelle Beteiligung von Frauen ist der eine notwendige Teilaspekt, der andere ist der sachliche und politische Beitrag, den Frauen zu allen Fragen von Politik und Gesellschaft leisten müssen. So steht es in dem Beschluß des Bundesparteitags Essen 1984.

Der zweite Teilaspekt sollte in der gegenwärtigen Diskussion nicht übersehen werden. Gerade Frauen sind von der wirtschaftlichen Krise und der unsozialen Politik der Bundesregierung besonders betroffen. Das gilt für ihren überproportionalen Anteil an der Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, für die Kürzung sozialer Leistungen, den Mangel an Ausbildungsplätzen, den Abbau von Schutzrechten, wie auch für die Benachteiligungen im beruflichen Alltag. Deshalb kommt es darauf an, daß neben einer stärkeren personellen Repräsentanz auch die gravierenden gesellschaftlichen, sozialen und beruflichen Probleme der Frauen auf breiter Ebene in die politische Diskussion einbezogen und sozialdemokratische Alternativen zur frauenfeindlichen Politik der Bundesregierung vorgelegt werden. Das sind wir den Millionen berufstätiger und arbeitsloser Frauen schuldig. Dazu gehört das Bemühen, vor allem für berufstätige Frauen wie für Arbeitnehmer insgesamt, Wege durch die Partei zu eröffnen, die aus ihren Lebens- und Berufserfahrungen in die Politik führen, damit sie ihre Interessen selbst einbringen und vertreten können.

Die Arbeitnehmerschaft muß sich in den politischen Schritten der Partei, mit ihren realen Lebensverhältnissen und Erfahrungen aus der Arbeitswelt jederzeit wiedererkennen können. Es muß nicht nur Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemacht werden, sie muß mit ihnen gemacht werden. Damit werden die organisationspolitischen Konsequenzen klarer: Ein neuer Prozeß der Beteiligung, vor allem von betriebstätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, auf allen Ebenen der Partei und ihrer Arbeitsgemeinschaften, muß eingeleitet werden. Es ist für die Sozialdemokratie von entscheidender Bedeutung, daß sie ihre Politik und Parteiarbeit so ausrichtet, daß soziale Bindungen und gegenseitiges Vertrauen zu den arbeitenden Schichten gestärkt und Politik mit ihnen gemeinsam durchgesetzt wird. Die innerparteilichen und gesellschaftlichen Strukturprobleme, von denen besonders Frauen und betriebstätige Arbeitnehmer betroffen sind, können nur durch solidarische und gemeinsame Anstrengungen gelöst werden.

Nur mit starken sozialen Wurzeln in den breiten Schichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann die Sozialdemokratie als soziale Bewegung wieder zur führenden und gestaltenden politischen Kraft in der Bundesrepublik werden.

(-/23.8.1985/rs/ks)

+ + +



### Vergeßt Chile nicht!

Die Pinochet-Diktatur knebelt das Land bereits seit 12 Jahren

Von Ernst Waltemathe MdB

Im Schatten der Geschehnisse in Südafrika, auf die mit Recht die Aufmerksamkeit der ganzen Welt gelenkt wird, spielen sich in Chile Ereignisse ab, auf die die internationale Presse nur ungenügend Licht geworfen hat.

In Südafrika kämpfen die Schwarzen um ihre Rechte, die seit dem Ankommen der weißen Minderheit auf grobe und grausame Weise verletzt werden. In Chile geht der Kampf um Ähnliches. Dort werden es im September zwölf Jahre sein, daß die Menschenrechte der Bevölkerung von der Militärdiktatur Pinochets verachtet werden. Es geht nicht darum, die Geschehnisse in Südafrika herunterzuspielen oder gar mit denen in Chile zu vergleichen, sondern zu Wachsamkeit aufzurufen, daß Chile nicht vergessen wird, auch letztendlich deshalb, weil kein deutscher Demokrat einer zwölfjährigen Diktatur gegenüber gleichgültig bleiben darf.

Zum ersten Mal ist General Pinochet nun gezwungen worden, den Rücktritt eines Mitglieds seiner Militärjunta wegen Menschenrechtsverletzungen anzunehmen. General Cesar Mendoza, der Chef der Carabineros (paramilitärische Polizei) mußte die Konsequenzen ziehen, als ein Zivilrichter 14 Carabineros, unter ihnen sieben Offiziere, wegen des Mordes an drei Mitgliedern der verbotenen kommunistischen Partei Chiles angeklagt hatte. Nur einmal in der Geschichte der Diktatur hat ein Menschenrechtsskandal zu einem solch brisanten Ergebnis geführt. Das war 1977, als Pinochet den Chef des gefürchteten Geheimdienstes DINA, General Manuel Contreras, in Folge des tödlichen Bombenattentats auf den früheren Außenminister Allendes, Orlando Letelier, in Washington entlassen mußte. Damals aber erlebte Chile sein sogenanntes „Wirtschaftswunder“, und außerdem war es der Opposition noch nicht gelungen, wirksame Organisationen zu bilden, die irgendeine Protestaktion gegen das Regime durchführen konnten.

Heute sieht es anders aus. Das „Wirtschaftswunder“ wurde längst als ein auf Schulden gebautes Kartenhaus entlarvt, und die Opposition hat die Erfahrung von über ein Dutzend Protesttagen schon hinter sich. Die Hoffnung ist sogar gestiegen, daß die zerstrittenen politischen Parteien aufgrund des gegenwärtigen Skandals eine minimale Einigung unter sich erreichen könnten. Inzwischen gehen die Rechten immer mehr auf Distanz zum Regime, um sich mit solchen Skandalen nicht identifizieren zu lassen.



Die Krise ist für Pinochet auch eine militärische. Als Mendoza seinen Rücktritt einreichte, warnte er, daß die Carabineros nicht bereit wären, die Schuld für die Ermordung von Oppositionellen allein zu tragen. Wenn sie in diesem Falle den Mord durchgeführt haben, war es nur wegen einer Arbeitsteilung innerhalb des Regimes, das hinter der Tat steht. Mendozas Nachfolger, General Rodolfo Stange, wird wahrscheinlich keine so untertänige Rolle Pinochet gegenüber spielen, wie Mendoza dies tat. Er neigt dazu, einer unabhängigen Linie zu folgen, ähnlich wie der andere deutschstämmige lutherische General der Junta, Fernando Matthei von der Luftwaffe.

Bis jetzt hat Pinochet keine andere Antwort auf die Krise als eine steigende Repression zu geben gewußt. Am 9. August, der von der Opposition ein „Tag des Lebens“ genannt wurde, um gegen das Regime zu protestieren, das Mord als Repressionsinstrument zunehmend verwendet, wurden drei Menschen getötet und 242 verhaftet.

Am 5. August hat der parlamentarische Staatssekretär Grüner (Bundeswirtschaftsministerium) auf eine von mir schriftlich gestellte Frage wegen eines Presseberichts, daß Messerschmitt-Bölkow-Blom dem chilenischen Regime Militärhubschrauber verkaufen wollte, folgendes geantwortet:

„Nach Auskunft der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blom führt sie zur Zeit mit der chilenischen Firma ENEAR (die der chilenischen Luftwaffe gehört E.W.) Gespräche über Kooperationsmöglichkeiten auf dem Hubschraubersektor. Bisher ist weder ein Vertrag abgeschlossen noch ein Ausführungsgenehmigungsantrag beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft gestellt worden.“

Wir müssen verhindern, daß dieses Hubschraubergeschäft durch eine Hintertür erfolgt, gerade jetzt, wenn Pinochet die Unterstützung der Militärs sicher stellen will und wenn die Aufmerksamkeit der Welt weg von Chile gelenkt wird.

Die faschistische Diktatur in Deutschland unter Hitler dauerte zwölf Jahre, ehe sie besiegt wurde. Das waren zwölf Jahre zu viel. Wann wird Chile wieder zur Demokratie zurückfinden können? Zwölf Jahre Pinochet sind am 11. September herum. Kein demokratischer Staat des Westens darf seine Hand reichen, die Diktatur in Chile zu stabilisieren und zu verlängern. (-/23.8.1985/rs/ks)

+ + +

## DOKUMENTATION

Horst Sielaff an Markus Berger: Kein Verwirrspiel um C-Waffen!

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Sielaff aus Frankenthal (Rheinland-Pfalz) hat den CDU-Bundestagsabgeordneten dieser Stadt, Markus Berger, aufgefordert, konsequent gegen die C-Waffen-Stationierung vorzugehen. Sielaff stützt seinen Appell auf Berger-Äußerungen gegenüber der Ludwigsburger „Rheinpfalz“, wonach der CDU-Bundestagsabgeordnete die Angst der Bevölkerung vor chemischen Waffen kenne und auf deren Verzicht hinarbeite. Der Brief Sielaffs hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Berger!

In Ihrem Gespräch mit der „Rheinpfalz“ vom 21. August 1985 betreiben Sie mit der Angst der Bevölkerung vor C-Waffen das gleiche Verwirrspiel wie Ihr Fraktionsvorsitzender Dregger.

Sie bekennen „ich komme aus der Pfalz und weiß, welche Angst die Bevölkerung vor chemischen Waffen hat, deshalb suche auch ich nach Möglichkeiten, wie wir auf diese Waffen verzichten können.“

Sie geben ebenfalls zu, wie aus dem im folgenden zitierten Bericht der „Rheinpfalz“ weiter hervorgeht, „daß diese Waffeninstrumente weder für die Verhinderung eines Ernstfalles noch bei einer notwendig gewordenen Abschreckungsaktion eine Rolle spielen. Chemische Waffen seien allenfalls für Repressalien geeignet und müßten nicht in Frontnähe gelagert werden. Es stelle sich daher die Frage nach einem logischen Standort.“

Sie plädieren dann „auf Auslagerung chemischer Kampfstoffe aus der frontnahen Zone in die USA“, halten aber gleichzeitig einen „Abzug von Waffen dieser Art im Augenblick nicht für opportun“.

Offensichtlich, sehr geehrter Herr Kollege, haben Sie nicht den Mut, aus Ihren eigenen Argumenten die richtige Schlußfolgerung zu ziehen, oder Sie wollen die Bevölkerung bewußt irreführen und tun nur so, als träten Sie wirklich für den Abzug der C-Waffen ein.

Nachdem die Entscheidungsträger in der DDR, CSSR und der Volksrepublik Polen mit der SPD einen Vertragsentwurf für den Abzug der vorhandenen C-Waffen und dem Verbot der Lagerung neuer C-Waffen vorgelegt haben, müssen Sie - wenn Ihre Aussagen nicht nur bloße Sprechblasen bleiben sollen - mit uns dafür eintreten, daß die Bundesregierung dem Entwurf einer C-waffenfreien Zone in Europa in die Verhandlung einbezieht und mit den genannten Staaten diesen Entwurf zu ratifizieren versucht.

Sie müßten weiter dafür eintreten, daß die Bundesregierung endlich ihren Widerstand aufgibt und dem Bundestag - zumindest dem zuständigen Ausschuß - eindeutig erklärt, welche chemischen Waffen wo und in welchem Umfang in der Bundesrepublik gelagert werden. Sie müßten mit dafür eintreten, daß wir Abgeordneten nicht erst durch eine Karlsruher Entscheidung diese Informationen erhalten.

Ich würde mich freuen, wenn Ihre Aussagen wider Erwarten nicht nur Propaganda, sondern echte Überzeugung sind und Sie den Mut aufbringen, daraus konkrete politische Schritte der Bundesregierung zu fordern. Wünsche werden in der Politik nur zur Wirklichkeit, wenn man bereit ist, für seine Ziele auch einzustehen.

Den Nachweis für die Ernsthaftigkeit Ihrer Aussagen könnten Sie liefern, wenn Sie öffentlich - wie ich es seit Jahren tue - die USA drängen, mit der Sowjetunion auf der Grundlage der Vereinbarungen von SPD und SED zu verhandeln, um Chemiewaffen beiderseits der Grenze von deutschem Boden zu verbannen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Horst Sielaff

(-/23.8.1985/rs/ks)

+ + +

